

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB
zur deutschen Außen-
politik am Beginn einer
konzeptionellen Er-
neuerung: Realismus
und Verantwortung.

Seite 1

Horst Peter MdB zur
neuen Berufsverbots-
politik in den ostdeut-
schen Ländern: Den
Rechtsstaat nicht durch
den Einheitsprozeß be-
schädigen. (Teil II und
Schluß)

Seite 4

47. Jahrgang / 100

26. Mai 1992

Realismus und Verantwortung

Zur deutschen Außenpolitik am Beginn einer konzeptionellen Erneuerung (*)

Von Karsten D. Voigt MdB

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Mehr als zwei Jahre nach der friedlichen und beispielhaften Revolution in ihrem Land nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Überwindung der europäischen und deutschen Teilung wird, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Außenminister Genscher, in Deutschland verstärkt über die deutsche Außenpolitik und die deutsche Rolle in Europa und in der Welt diskutiert. Dabei geht es letztlich um die Frage, wieviel Kontinuität und wieviel Wandel, das heißt welches Ausmaß an konzeptioneller Erneuerung wir brauchen. Ich werde versuchen, diese Frage aus der Sicht meiner Partei und aus meiner persönlichen Sicht zu beantworten.

Gestatten Sie mir zunächst einen Rückblick auf die westdeutsche Außenpolitik der Jahre 1949 bis 1989. Sie hatte zwei Grundpfeiler die feste Einbindung in die freien Gesellschaften des Westens, vor allem in die Europäische Gemeinschaft und das Atlantische Bündnis. Auf dieser Grundlage haben ab 1969 die sozialdemokratischen Bundeskanzler mit der Ostpolitik begonnen, das heißt mit einer Politik der gesamteuropäischen und natürlich auch der gesamtdeutschen Orientierung mit dem langfristigen Ziel der Überwindung der Spaltung. Sichtbarster Ausdruck dieser Politik waren der KSZE-Prozeß und die Ostverträge der sozialliberalen Bundesregierung. Diese Außenpolitik der Bundesrepublik war in den vergangenen Jahrzehnten innenpolitisch immer weniger umstritten. Sie war außerordentlich erfolgreich. Der zurückgetretene Außenminister hat die Kontinuität dieser Politik in wechselnden Regierungskoalitionen personalisiert.

Heute haben sich wichtige Rahmendaten dieser Politik verändert. Durch die Einheit ist, trotz aller Belastungen beim Zusammenwachsen, das Gewicht der Bundesrepublik Deutschland größer geworden. Dies hat bei unseren Nachbarn, Freunden und Partnern neue Erwartungen, aber auch alte Ängste hervorgerufen.

* Der Autor trägt diese Gedanken in einem europapolitischen Vortrag in der bulgarischen Hauptstadt Sofia vor.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with special printing
Kunst- und
Papierwerke



Auch das internationale Umfeld für unsere Politik hat sich radikal gewandelt. Die bipolare Weltordnung von gestern ist der multipolaren Welt von heute gewichen. Chancen und Risiken liegen eng beieinander. Vor allem zwei fundamentale, gegenläufige Trends kennzeichnen die Situation: Internationale Zusammenarbeit und supranationale Integration bis hin zu langfristigen Visionen über eine "Weltregierung" im Rahmen der UNO gewinnen angesichts der alle Grenzen sprengenden politischen, wirtschaftlichen, technologischen und ökologischen Herausforderung ständig an Bedeutung.

Gleichzeitig erleben wir einen Prozeß der Desintegration, gekennzeichnet unter anderem durch die immer tiefer werdende Kluft zwischen Nord und Süd, durch die Gefahr eines handelspolitischen Protektionismus zwischen den Kontinenten, durch die zunehmenden ethnischen und religiösen Konflikte in vielen Teilen Afrikas, Asiens und Osteuropas und natürlich auch durch die aus demokratischen Gründen grundsätzlich legitime und im Übrigen auch unvermeidlichen Entstehung neuer Staaten nach dem Zerfall des sowjetischen Imperiums. Häufig setzt sich die Desintegration auch unterhalb der Ebene des Nationalstaats fort: Armeen geraten völlig außer Kontrolle, das organisierte Verbrechen übernimmt die Macht.

In dieser Situation spricht alles dafür, im Bewußtsein gesteigerter Verantwortung bei Kontinuität in der grundsätzlichen Orientierung mit einer konzeptionellen Erneuerung in der deutschen Außenpolitik zu beginnen.

Dies bedeutet vor allem, daß wir auch in Zukunft als Mitglieder der EG und der NATO eine Politik der Integration und Zusammenarbeit, also des Multilateralismus, zu der es keine konstruktive Alternative gibt, fortsetzen. Diese Politik muß endlich auch im Nord-Süd-Verhältnis, beim weltweiten Umweltschutz und bei der Stärkung der UNO das Stadium bloßer Ankündigungen hinter sich lassen. Was wir brauchen sind nicht neue Konferenzen, auf denen die Gründe für das Anwachsen der Armut, die Verschlechterung des Klimas und so weiter analysiert werden. Wir brauchen den Willen zum Handeln. Dies ist freilich nicht Thema meiner heutigen Ausführungen. Für das Zusammenwachsen des ganzen Europa reicht heute eine primär institutionell verstandene Kontinuität nach dem Motto "jetzt erst recht EG, NATO und KSZE" nicht mehr aus.

Gewiß war der Versuch richtig, in einer ersten Phase gesamteuropäischer Politik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts fast alle bewährten Institutionen entweder als indirekt wirkende Stabilisatoren oder, wie im Falle der KSZE, als "Auffangrahmen" für die desintegrierenden Teile des Sowjetimperiums zu nutzen und sie gewissermaßen "im Fluge" für die neuen Zwecke umzubauen. Zur Zeit werden Osteuropa und die Mitgliedstaaten der GUS durch die KSZE, den Nordatlantischen Kooperationsrat und durch die Verträge mit der Europäischen Gemeinschaft nicht ohne Erfolg mit dem Westen vernetzt.

Dabei muß auch ein gewisser Institutionenpluralismus für eine zeitlang in Kauf genommen werden. Ich gehöre keineswegs zu denjenigen, die etwa deshalb unruhig schlafen, weil die Regierung noch nicht genau abgrenzen kann, welche Bereiche der gemeinsamen Sicherheit im Nordatlantischen Kooperationsrat und welche in der KSZE organisiert werden. Ich bin aber ganz entschieden der Auffassung, daß wir in der jetzt beginnenden zweiten Phase gesamteuropäischer Politik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die Pflicht haben, Realitäten und Wunschvorstellungen klarer als bisher auseinanderzuhalten.

Dies gilt zunächst in unserem eigenen Land. Dort schränkt die zunehmende Staatsverschuldung die außenpolitische Handlungsfähigkeit deutlich ein. Dies zwingt zur Prioritätensetzung. Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen: es werden zum Beispiel dann richtige Prioritäten gesetzt, wenn wir den Agrarprotektionismus abbauen, die GATT-Verhandlungen zum Erfolg führen und die legitimen Wünsche Osteuropas im Bereich des Marktzugangs nach Kräften berücksichtigen. "Trade beats aid" sagen die Amerikaner in unnachahmlicher Kürze.

Die Pflicht zum Realismus gilt aber auch für die Beurteilung der Lage in ganz Europa und in der GUS. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, in der Unterschrift unter KSZE-Verpflichtungen bereits eine Garantie für pluralistische Demokratie, für Gewaltfreiheit, für Menschen- und Minderheitenrechte zu sehen. Der große Krieg zwischen Ost und West als Risiko ist beseligt, aber es gibt in Europa zur Zeit mehr Tote durch Kampfhandlungen und Kriege als in den vergangenen 40 Jahren. So wichtig es deshalb ist, außenpolitische Visionen zu haben, so

wichtig ist es auch, dieser ernüchternden Realität ins Auge zu sehen. Visionen können nur Wirklichkeit werden, wenn die wirtschaftlichen Krisen, die Nationalitätenkonflikte und die Grenzkonflikte als Gefahren für eine stabile demokratische Entwicklung realistischer als bisher analysiert werden.

Ich plädiere deshalb für eine Politik, die Realismus und Verantwortung verbindet und sich auf folgende "essentials" konzentriert:

Erstens die Schaffung der demokratischen, föderalen und sozialen Europäischen Union mit den EFTA-Ländern und so früh wie ökonomisch verantwortbar auch mit den mittel- und osteuropäischen Ländern. Nur eine starke europäische Union kann auch in Zukunft ihren Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenwachsen des größeren Europa leisten. Sie ist ein Ziel, das wir bei entsprechenden Anstrengungen auch erreichen können. Allerdings wird die Europäische Union in eine Sackgasse geraten, wenn weitere Schritte auf dem Wege der Integration nicht mit einer grundlegenden Demokratisierung der EG verbunden sind. Dies erfordert vor allem eine Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments gegenüber der EG-Kommission und dem EG-Ministerrat.

Zweitens die Verhinderung einer neuen Kontinentaldrift zwischen Europa und Nordamerika. Wir müssen die transatlantischen Beziehungen von der primär militärischen auf eine neue, breite Grundlage stellen, die stärker als bisher auch kulturelle und wirtschaftliche Gemeinsamkeiten und gemeinsame Interessen bei der Stabilisierung der neuen Demokratien in Osteuropa betont.

Drittens die politische, wirtschaftliche und soziale Stabilisierung Mittel-, Ost- und Südosteuropas und der GUS. Nach meiner Überzeugung kommt es dabei weniger darauf an, immer neue, an Bedingungen gebundene Hilfszusagen zu machen, so wichtig dies auch ist. Vielmehr scheint mir neben der mutigen Öffnung westlicher Märkte auch für sensible Produkte eine an klaren Prioritäten orientierte Beratung und Hilfestellung bei der praktischen Gestaltung der Transformationsprozesse vorrangig zu sein. Darüber hinaus geht es um eine klare, transparente Koordinierung der bi- und multilateralen Hilfen, jedenfalls im Hinblick auf die Hilfen für die GUS-Länder. Ich glaube, die Lissaboner Konferenz vom vergangenen Wochenende hat dies erneut deutlich gemacht. Unerlässlich ist auch eine faire Verteilung der Lasten. Wir werden den Münchner Wirtschaftsgipfel im Juli nicht zuletzt daran messen, ob Fortschritte bei der Koordinierung und bei der Lastenteilung erzielt werden.

Viertens: Im Interesse aller direkt und indirekt von Kriegen und Bürgerkriegen betroffenen und bedrohten Menschen sollte sich die KSZE auf den Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte und die Sicherheit im engeren Sinne konzentrieren. Der KSZE-Gipfel in Helsinki im Juli steht gerade beim Thema Sicherheit vor einer doppelten Aufgabe: er muß die bisherigen Ergebnisse des KSZE-Prozesses insbesondere bei der konventionellen Abrüstung und bei der Vertrauensbildung sichern und er muß gleichzeitig zum Ausgangspunkt für neue Anstrengungen in den Bereichen Abrüstung, Konversion, Vertrauensbildung, Sicherheitspartnerschaft, Konfliktverhütung und Konfliktbeendigung werden. Dabei sollte sich die KSZE etwa bei der Aufstellung eigener Blauhelme auf die NATO und den Nordatlantischen Kooperationsrat und bei der Umsetzung ihrer Beschlüsse zum Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte mehr als bisher auf den Europarat stützen. Die KSZE sollte sich künftig als regionale Abmachung nach Kapitel VIII der UNO-Charta verstehen. An diesen Kriterien werden wir die Ergebnisse des KSZE-Gipfeltreffens messen.

Schließlich: Da es hier einen Konsens zwischen der SPD und den Regierungsparteien gibt, werden hoffentlich bald die rechtlichen Grundlagen dafür geschaffen, damit auch Deutsche sich an Blauhelmeinsätzen beteiligen können. Ansonsten aber empfehle ich der deutschen Außenpolitik ihrer gewachsenen außenpolitischen Verantwortung durch ein verstärktes politisches, wirtschaftliches und kulturelles Engagement gerecht zu werden. Die Beibehaltung der bisherigen Zurückhaltung beim Einsatz militärischer Mittel außerhalb des Geltungsbereiches der NATO entspricht einem wohlverstandenen deutschen Eigeninteresse.

(-/26. Mai 1992/rs/ks)

Dan Rechtsstaat nicht durch den Einheitsprozeß beschädigen
Zur neuen Berufsverbotpolitik in den ostdeutschen Ländern (Teil II und Schluß)

Von Horst Peter MdB

IV.

Die ILO ist die für die Schaffung internationaler Mindestnormen des Arbeits- und Sozialrechts zuständige UNO-Sonderorganisation. Bemerkenswert ist die Zusammensetzung ihrer Organe: sie werden zur Hälfte von Regierungsvertretern und je zu einem Viertel mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern besetzt. Die Mitgliedstaaten sind gegenüber der ILO berichtspflichtig. Gegen die Nichteinhaltung von Übereinkommen kann jede Berufsorganisation Beschwerde einlegen. Ein vom Verwaltungsrat eingesetzter Ausschuß behandelt diese Beschwerden und berichtet diesen. Außerdem hat jedes Mitglied die Möglichkeit, beim IAA gegen die Nichteinhaltung von Übereinkommen zu klagen. Ein Untersuchungsausschuß verfaßt einen Bericht, der Feststellungen enthält und Empfehlungen zur Korrektur der Situation ausspricht.

Die ILO-Konvention Nr. 111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf wurde 1958 verabschiedet und ist bisher von 107 Staaten ratifiziert worden. Sie gehört damit zu den am meisten ratifizierten ILO-Vereinbarungen. Mit der Ratifizierung unterwirft sich der Mitgliedsstaat der Forderung des Artikel 19, sein nationales Recht der Übereinkunft anzupassen.

Als Verstoß gilt "jede Unterscheidung, Ausschließung oder Bevorzugung" wegen "der politischen Meinung" und jede "andere Unterscheidung und Ausschließung", die die "Gleichheit der Gelegenheiten oder der Behandlung in Beschäftigung oder Beruf" aufhebt und beeinträchtigt.

Die ILO prüfte aufgrund einer Beschwerde der Arbeitnehmersseite die Maßnahmen, die sich gegen Angehörige und Bewerber des öffentlichen Dienstes richteten und sich auf das Erfordernis der Verfassungstreue stützten. Verfahren wegen der Berufsverbotepraxis in der Bundesrepublik Deutschland sind bei der ILO schon seit 1976 anhängig gewesen. Der eingesetzte Sachverständigenausschuß berichtete im Juni 1985; daraufhin wurde ein Klageverfahren eingeleitet und ein Untersuchungsausschuß bestellt. Die Bundesregierung kritisierte zwar den Bericht, widersprach aber nicht dem Klageverfahren.

Die ILO-Kommission kam zu dem Ergebnis, daß in der Bundesrepublik Deutschland das Diskriminierungsverbot verletzt wird, weil sich die Berufsverbote gegen Meinungen richteten, daß die Bundesrepublik Deutschland damit internationales Recht verletze und die Berufsverbotepolitik nicht mit den völkerrechtlichen Normen des auch von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierten ILO-Abkommens übereinstimme. Die ILO verwarf die von der Bundesregierung vorgebrachten Rechtfertigungsfiguren der "wehrhaften Demokratie" und des "präventiven Verfassungsschutzes".

Festgehalten wurde, daß die Schutzgarantie der Übereinkunft für den Arbeitnehmer bedeute, daß diese "auch mit Bezug auf Tätigkeiten zu gewähren ist, die eine Opposition gegen die etablierten politischen Grundsätze zum Ausdruck bringen... denn ein Schutz von Meinungen, die weder ausgedrückt noch kundgegeben werden, wäre sinnlos. .. Selbst wenn daher bestimmte Doktrinen auf grundlegende Veränderungen .. abzielen", sei dies "kein Grund", "dies dem Schutzbereich des Abkommens zu entziehen, solange keine gewalttätigen oder verfassungswidrigen Methoden .. angewandt werden". Zu sehr gründeten sich die Berufsverbote auf "vermutete Absichten" von Organisationen, es ginge zu sehr "um den Ausdruck politischer Meinungen", nicht um "Betätigung gegen die "Staatssicherheit".

Die ILO stellte fest, daß die "vorgeschriebene Treuepflicht" nicht funktional differenziert und deshalb unzulässig sei. Berufsverbote dürften nicht präventiv, zum Beispiel zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes verhängt werden. Mit ihrem "abstrakten, nicht funktionell-amtsbezogenen" Treuepflichtverständnis hebe sich die Bundesrepublik Deutschland deutlich vom "westeuropäischen Generalnenner" ab. Verletzt werde der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Dies treffe besonders bei den von Berufsverbote betroffenen Lehrern zu. Deutlich wurde in dem Einwand der Bundesregierung, man müsse auf die "besondere historische und geographische Lage der Bundesrepublik Deutschland" Rücksicht nehmen, der Charakter der Berufsverbote als Waffe des kalten Krieges.

Auf den Abschluß des Verfahrens hätte die Bundesregierung reagieren können und müssen mit Annahme der Empfehlungen, der Mitteilung, daß man die Empfehlung annimmt, aber nicht dagegen vor dem Internationalen Gerichtshof klagt, mit Klage gegen den Bericht vor dem Internationalen Gerichtshof, oder Verlassen der ILO. Bezeichnend ist das tatsächliche Verhalten der Bundesregierung. Beispielhaft für ähnliches Verhalten ist das Nichtreagieren der USA auf das Nicaragua-Urteil des IGH, der Austritt Polens 1984 aus der ILO, und wie E. Spoo angeführt hat, der Austritt Hitlers aus dem Völkerbund.

Die Bundesregierung hat jedoch nie abschließend auf das Verfahrensergebnis der ILO reagiert. Dabei war es eine List der Geschichte, daß die ILO die Stellungnahme der Bundesregierung auf den 19. Oktober 1988 terminiert hatte: 110 Jahre zuvor, am 18. Oktober 1878, hatte der Reichstag das Sozialstengesetz beschlossen.

V.

Für die Beurteilung des gegenwärtigen Berufsverbote - Prozesses in den neuen Ländern heranzuziehen ist insbesondere die Feststellung der ILO, daß viele Verfahren in der alten Bundesrepublik Deutschland bis zu zehn Jahren nach dem "Beginn der zur Last gelegten Tätigkeiten eingeleitet wurden", die Betroffenen bis zu zwölf Jahren dann weiterhin im Dienst blieben. In keinem Fall habe die Bundesregierung behauptet, die Betroffenen hätten ihre Dienstpflichten verletzt oder die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes beeinträchtigt. Bei Bewerbern für den öffentlichen Dienst erscheine es wichtig, Tätigkeiten aus einer Zeit, in der sie nicht durch ein öffentliches Dienstverhältnis gebunden waren, nicht überzubewerten und ihnen Gelegenheit zu geben, nach dem Eintritt in ein solches Verhältnis den Beweis zu erbringen, daß sie die damit verbundenen Pflichten achten. Für Lehrer würden zudem disziplinäre Maßnahmen durchaus ausreichen, daß tatsächliche Verhalten müsse Maßstab sein. Nur eine Organisationszugehörigkeit sei kein Grund zur Annahme pflichtwidrigen Verhaltens. Die ILO verwies auf die UNESCO-Erklärung vom Oktober 1966, nach der die Teilnahme von Lehrern am öffentlichen Leben und am politischen Entscheidungsprozeß im Interesse des Lehrers, des Erziehungswesens und der Gesellschaft gefördert werden solle.

Das Landesarbeitsgericht Berlin hat inzwischen festgehalten, daß auch aktiven Befürwortern des DDR-Systems nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten eine Neuorientierung zu ermöglichen sei, ohne daß sie ihre früheren Überzeugungen verleugnen müssen. Eine wegweisende Entscheidung, denn es wäre in der Tat "unmenschlich .. erlaubte man nicht allen in das alte Regime verstrickten Menschen, sich zu ändern und, soweit irgend möglich, neu anzufangen. (Peter Grotian, W.D. Narr, Ent-SEDisierung, die tageszeitung 31. Januar 1991). Daß jemand Partei- oder FDJ-Funktionär war oder Schulinspektor oder Direktor, dürfte selbst noch

nicht der Entlassungsgrund sein, sondern immer nur einen Verdacht begründen, dem dann in einer individuellen Prüfung nachgegangen wird. Und in einer historischen Prüfung müßte auch untersucht werden, ob nicht gerade die Lehrer und Lehrerinnen dadurch entlastet sind, daß sie letztlich kollektiv versagt haben, nämlich das ihnen gesteckte Erziehungsziel offenbar nicht erreicht haben. Es waren die in der DDR ohne Westkontakte aufgewachsenen Generationen, die 1989 der SED die Loyalität aufkündigten.

VI.

Die ILO erinnerte an die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 22. Mai 1975, das befürchtete, die Berufsverbotepolitik könne die politische Atmosphäre vergiften, das Vertrauen in die Demokratie schädigen und den freiheitlichen Staat diskreditieren. Eine Berufsverboteweile in den neuen Ländern wird den Neubau einer gesamtdeutschen Demokratie mit einer schweren Hypothek belasten. Diese Aufgabe kann nicht gelingen, wenn am Anfang die Frontstellung des kalten Krieges als innerstaatliche Feinderklärung erneuert wird. Nun wird in den neuen Ländern erklärt, es solle verhindert werden, "daß wir wieder Dinge versäumen, die wir schon '45 versäumt haben", so Ulrich Ploch der Pressesprecher des Kultusministers von Sachsen-Anhalt (FR 16. April 1992). In diese Richtung argumentierte auch H. M. Broder (Spiegel 51/91, 205 ff), es solle mit der Vergangenheit aufgeräumt werden, es solle diesmal besser gemacht werden als nach '45. Kleintaut mußte Broder aber fragen: "Fällt es denn nicht auf, daß die Justizbehörden der BRD in keinen Fall die Auslieferung eines NS-Verbrechers mit einer solchen Inbrunst betrieben haben, wie sie es bei Honecker getan haben?" Tilman Moser hat dagegen festgehalten, daß die Stasi eine willkommene Zielscheibe für westdeutsche Empörung über dem Sumpf des nie Bewältigten bei uns sei (Stuttgarter Nachrichten, 31. Januar 1992). Die Gleichsetzung des NS-Systems und des SED-Systems vor der Folie der Totalitarismustheorie und die Beibehaltung der Asymmetrie in der deutschen Vergangenheitsbewältigung ist auch ein weiteres Element des deutschen Normalisierungsdiskurses mit dem Zentrum der Relativierung und Entlastung der deutschen Seele von Auschwitz.

Die politische und gesellschaftliche Diskussion über 40 Jahre SED ist notwendig und richtig. Die Demokratie verliert an Legitimation, wenn im Prozeß der Bewältigung der DDR-Vergangenheit Berufsverbote und die Schaffung von "Geständnistieren" (Wolfgang Engler) an die Stelle der politischen Auseinandersetzung treten. "Den Stalinismus mit stalinistischen Methoden auszutreiben .. das kann nur schiefgehen", hat der 'stern' zu Recht dagegen eingewandt. Die politische und gesellschaftliche Diskussion und Bewältigung der SED/CDU/LDPD/NDPD-Blockpartei-Vergangenheit der neuen Ländern kann gelingen, wenn die handelnden Personen nicht unter dem Zwang stehen, für ihren persönlichen Freispruch arbeiten zu müssen.

(-/26. Mai 1992/rs/ks)
